

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1920

179 (22.4.1920) Mittagausgabe

Badische Presse

Einertum und Verla...
Verbreitetste Zeitung Badens.

Bezugs-Preise:
Anzeiger: Am Verla...
Preis: 4.50

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.
Weitau größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Ständige Auflage
50000 Exemplare.
Geschäftsstelle:
Kaiserstraße und Marktplatz.

Nr. 179. Karlsruhe, Donnerstag den 22. April 1920. 36. Jahrgang.

Neuestes vom Tage.

Die Konferenz in San Remo beschäftigt sich in der Hauptsache mit der türkischen Frage, die England einschneidend zu erledigen wünscht.

Bisher sind für das neue sinesisch-slowakische Abgeordnetenhaus 50 Deutsche und 148 Tschechen und Slowaken gewählt worden.

Die Eisenbahner und die Teuerung.

Y. Karlsruhe, 22. April. Einem Aufruf des Verbandes des deutschen Verkehrspersonal Verwaltungsstelle Karlsruhe folgten, fanden sich gestern nachmittag 4 Uhr die Beamten und Arbeiter der badischen Staats-Eisenbahnen zu einer Kundgebung im großen Festsaal zusammen.

Alsdann erhielt Herr Gauleiter Schneider als Referent das Wort. Er betonte zunächst die große Not, in die alle schaffenden Stände, insbesondere aber die Eisenbahner durch die Sprunghaft von Tag zu Tag anwachsende Teuerung, mit der ein gerechter Lohnausgleich nicht stattfinden, geraten seien.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen berührte der Redner auch das Thema des Achtundzweiges, an dem unter allen Umständen festgehalten werden muß, da eine Mehrarbeit bei der seit langem bestehenden Unterernährung vollständig ausgeschlossen ist.

Entschliessung:

Die am 21. April im großen Festsaal in Karlsruhe tagende von etwa 5000 Eisenbahner aller Gruppen zahlreich besuchte öffentliche Versammlung nimmt Stellung zu der weiter fortgeführten Verwertung aller notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel und beschließt:
1. Die Versammlung steht geschlossen hinter der Forderung der Eisenbahnerorganisationen auf Erhöhung der Stundenlöhne...

Gramlich führte an Hand einer genau aufgestellten Statistik vor Augen, daß beispielsweise ein Eisenbahnsekretär an Gehalt samt allen Zulagen bei einer lebensspendigen Familie pro Kopf und pro Tag nur 4,83 Mark bezieht, was naturgemäß als vollständig unzureichend zu bezeichnen sei.

Die Konferenz in San Remo.

Die türkische Frage.
N.B. Amsterdam, 21. April. Der Berichterstatter der „Westminster Gazette“ in San Remo meldet: „Die italienische und die jugoslawische Regierung seien in der adriatischen Frage zu einem Einvernehmen gekommen.“

N.B. San Remo, 21. April. Der Oberste Rat verhandelte gestern morgen über die Finanzklauseln des Friedensvertrages mit der Türkei. Der Rat prüfte alsdann die territoriale Frage Armeniens und die neuen Grenzen dieses Staates, wie sie durch die Note des Völkerbundes beantragt wurden.

N.B. Paris, 21. April. Der Sonderberichterstatter des „Intransigent“ berichtet aus San Remo, Venizelos habe von England und Italien Unterstützung, bei der Aufteilung der Türkei einen großen Teil erhalten, Griechenland wurde die gesamte Türkei mit Ausnahme der Bannmeile von Konstantinopel zugesprochen.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Sch. Lugano, 22. April. (Priv.-Tel.) Die Agentur Stefani meldet: Die Verhandlungen der Alliierten in San Remo bewegen sich auf der Grundlage eines Kompromisses. Ein Verzicht auf wichtige Vertragsrechte gegen Deutschland konnte von den Alliierten nicht ausgeprochen werden.

Sch. Rotterdam, 22. April. (Priv.-Tel.) Eine „Times“-Depesche meldet aus San Remo: Die Konferenz hat die Vorschläge angenommen, die die vollständige Entwaffnung Deutschlands betreffen. Die Annahme erfolgte nach einem einstimmigen Referat, nachdem 2 englische Zusatzartikel dem Gesamtantrag angehängt worden waren.

Sch. Genf, 22. April. (Priv.-Tel.) „Le Temps“, „Echo de Paris“ und „Journal de Debate“ bringen gleichlautende Meldungen aus San Remo, die von einem Sieg der französischen Auffassung in der Auslegung des Friedensvertrages mit Deutschland sprechen. „Le Temps“ schreibt: „Mit geringen Abchwägungen hat sich Alliierten Stellungnahme durchgesetzt, wofür Frankreich wichtige Zugeständnisse in der Orientfrage an England machte.“

N.B. Paris, 21. April. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten nahm einstimmig folgenden Antrag Maurice Ranauds an: „Die Kammer beschließt, im Interesse der Erlangung eines allgemeinen Friedens und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen allen Völkern, die völlige Entwaffnung Deutschlands, und fordert die Regierung in aller Form auf, zu verlangen, daß die durch den Versailler Vertrag festgesetzten Entwaffnungsbedingungen durchgesetzt werden.“

Amerika will vom Versailler Vertrag los.

N.B. Paris, 21. April. Nach dem „New York Herald“ wird die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten noch in dieser Woche eine Entschliessung einbringen, durch die Amerika sich vom Versailler Vertrag und von den europäischen Angelegenheiten lossagt.

Nach der Friedensunterzeichnung.

Zum Wiederaufbau Nordfrankreichs.
— Berlin, 21. April. Zu der Zeitungsmeldung über die Uebertragung der Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten Frankreichs an Private wird der „Deutschen Allg. Ztg.“ von zuständiger Seite geschrieben: Frankreich hat in den besetzten Gebieten Büros eingerichtet, die Leistungen und Lieferungen für den Wiederaufbau an deutsche Firmen vermitteln sollen. Die Tätigkeit der Büros bedeutet aber keine Schädigung Deutschlands. Vielmehr handelt es sich um eine Wiederanbahnung von Handelsbeziehungen, die den Reichsinteressen nur nützlich sein kann, da für die fraglichen Lieferungen seitens Frankreichs Fortzahlung erfolgt. Um eine gleichmäßigere Verteilung der Lieferungen zu ermöglichen, wird der Reichsverband der deutschen Industrie im Einvernehmen mit der Regierung ein Vermittlungsbüro wahrscheinlich in Frankfurt a. M. errichten, um durch entsprechende Verteilung der Lieferungen alle Industriezweige an diesen Geschäften teilnehmen zu lassen.

Deutsche Nationalversammlung.

Stimmungs-Bild.

Berlin, 22. April. Eine milde Rede des Herrn Baercke (deutschnatl.), danach eine zwar feilsche, aber weder dem Inhalt noch der äußeren Form nach überragende Ansprache des jüngsten Reichsministers Köster, endlich eine Aussprache, die in parteipolitische Plattitüden ausartete, und als man 4 Stunden der Sitzung glücklich hinter sich hatte, mußte man wirklich sagen, daß der Gegenstand, der als erster am Mittwoch zur Debatte stand, einer würdigeren Behandlung wert gewesen wäre.

Die deutsche Regierung muß unser Recht nachdrücklich geltend machen, sagte Herr Baercke als Vorsitzender der Interpellation, damit Preußen nicht das Gefühl bekommt, vom Reiche verlassen zu sein. Herr Köster unterstrich diese Forderung von sich aus mit großem Nachdruck. Die Polen seien verpflichtet, uns Durcngangsrechte zu gewähren. Durch allerhand taktische Manöver haben sie bisher noch immer ein endgültiges Abkommen in dieser Frage absträflich hinausgeschoben.

Endlich ging man zum zweiten Punkt der Tagesordnung über und erledigte debattelos in 3. Lesung den Gesetzentwurf über die Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmarkenn. Darauf folgte die zweite Beratung des Entwurfes eines Reichsausgleichsgesetzes, die nach ungewöhnlicher Aussprache in 2. und 3. Lesung zur Annahme führte. Die 2. Lesung des Entwurfes eines Gesetzes über die Veranlagung der Besitzsteuer schloß sich an. Das Besitzsteuergesetz selbst soll auf Beschluß des Reichsausgleichsausschusses nicht mehr erledigt werden, da die nötige Zeit hierfür fehlt. Es sind daher nur die Bestimmungen herausgenommen, die sich auf die Veranlagung des Zumeist nach dem geltenden Besitzsteuergesetz und auf die Veranlagung zum Reichsnotopfer beziehen. Die Vorlage wird nach kurzer Erörterung in zweiter Lesung angenommen.

Nachträglich auf die Tagesordnung gestellt wird nach ein Antrag aller Parteien auf Gewährung von Teuerungszulagen für Eisenbahner und Verwaltungsarbeiter. Reichsfinanzminister Dr. Rirth weist auf die finanzielle Tragweite des Antrages hin. Die Zuschläge würden mindestens 2 Milliarden Mark betragen. Trotzdem müsse aber dem Antrage zugestimmt werden. Der Minister erklärte, wir würden mitten drin in einer neuen, großen Lohn- und Gehaltsbewegung.

Sitzungs-Bericht.

D.3. Berlin, 21. April. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 120 Uhr. Interpellation Bäcker bett.

Durchgangsverkehr nach Ostpreußen durch polnisches Gebiet.

Herr Bäcker (D. N.) begründet die Interpellation. Polen sollte uns zum Danke verpflichtet sein, statt dessen hat es feindselig unsere Hand zurückgewiesen. Wir empfinden, was es heißt, Recht ohne Macht zu haben. Der Friedensvertrag von Versailles sichert uns den friedlichen Durchgangsverkehr auf allen Linien. Jetzt werden wir auf die einseitige Nebenbahnlinie Garsch-Marienwerder beschränkt. Ostpreußen soll vom Reiche abgedockt werden. Die unerhörten Belästigungen der Polen sind in Anfragen meiner Partei, der Demokraten und der Mehrheitssozialisten der Regierung zur Kenntnis gebracht worden. Die Regierung hat Abscheu verbrochen, es ist aber immer noch nichts geschehen. Wir dürfen nicht ohne Waffen mit Deutschland hungern, als mit den Polen Ueberfluß haben.

Es muß etwas geschehen und zwar sofort. Die Einwohner müssen zum Schutz gegen den Bolschewismus in Ostpreußen erhalten bleiben. Die wirtschaftliche Lage der Provinz muß gehoben werden. Wir hoffen, daß der neue Reichsminister des Innern einen frischen Geist der Initiative in sein Amt bringen wird.

Reichsminister Dr. Köster: Der polnische Korridor ist ein rein künstliches Gebilde, das dem Ausbau der wirtschaftlichen Verbindung Europas ins Gesicht schlägt. Wir bürden uns dafür, daß Polen mit der Aufhebung seiner Notzen fertig wird und nicht die Sperre des Korridors ins Ungemessene verlagert. Wir müssen zu einem endgültigen Abkommen kommen, wie es uns zugelangt worden ist. Wir sind noch immer auf den Art. 89 des Friedensvertrages angewiesen, der uns die völlige Freiheit des Durchgangs noch nicht sichert. Gewiß, keine Erfolge hatten wir bei Verhandlungen erreicht, als der Militärputsch dazwischen kam. Die Polen brachen die Verhandlungen ab, da sie die Vollmacht unserer Vertreter nicht mehr anerkannten. Wir machen die Korridorfrage zum Gegenstand von Verhandlungen in Paris. Die Polen sind bereit, in diesen Tagen die Besprechungen darüber zu beginnen. Nach Mitteilungen von heute morgen dürfen wir hoffen, daß sie zu einem gewissen Resultat führen werden. In diese Verhandlungen hinein ist nun die polnische Sperre verfügbar angeht wegen der Banknotenabstempelung geplagt, die auch die deutsche Regierung sehr peinlich berührt hat. Die Strese Garsch-Marienwerder steht währenddessen nur für vereinzelte deutsche Waren in polnischen Zügen und nur bei Tage offen. Eine derartige plötzliche Sperre entspricht mindestens nicht

dem Art. 82 des Vertrages. Wir haben sofort Einspruch erhoben. Unsere Beamten sind besonders schwer davon betroffen. Wir haben auch bei der interalliierten Kommission in Paris protestiert. Moränen führt eine Abordnung des Auswärtigen Amtes, der preussische Minister des Innern und der Justizminister nach Polen zur Behebung der Beamtenfrage. Es ist Aussicht vorhanden, die Wirtschaftskrisis zu vermeiden. Zwangsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete erreichen nichts, weil wir schon die Ausführung gesperrt haben, da Polen seinen wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Abschließung Ostpreußens müssen wir durch Verbesserung des Seeweges verhindern. Die Regierung hält sich für verpflichtet, Polen zu bedenken zu geben, daß Polen mindestens so sehr auf Preußen angewiesen ist wie umgekehrt. Niemand weiß, wie die Dinge sich im Osten gestalten werden. Polen muß auch mit Rücksicht auf die vielen Deutschen an seinen Grenzen wenigstens ein erträgliches Verhältnis zu uns inne halten. Die Regierung wird alles tun, Ostpreußen wirtschaftlich und administrative Selbständigkeit zu gewähren, die es beanspruchen kann. Geistig und politisch wollen wir mit den Ostpreußen in alter und voller Freundschaft leben. (Beifall.)

Abg. Wolff (Soz.) schildert aus eigenem Erleben die Schikane der Soldaten und Beamten im polnischen Korridor.
Abg. Heibstedt (Dem.) wünscht, daß die Unterhändler mit den Polen etwas weniger zaghaft umgehen. Das hängt mit dem etwas unklaren System im Auswärtigen Amt zusammen. Die Polen betrachten demgegenüber die Verhandlungen nicht vom sachlichen, sondern vom politischen Standpunkt aus.

Abg. Pfeiffer (Ztr.): Die Polen täten gut daran, sich allmählich an die Bestimmungen des Vertrages zu gewöhnen, die auch für sie bindend sein werden. Nicht nur an den § 89, sondern auch an den § 98 und den § 93.

Anstelle des Rechts ist im Osten die Willkür getreten und das ist doch für das Ansehen des Obersten Rates und des Völkerbundes nicht eben förderlich. Die Befestigung der Willkür liegt auch im Interesse der Polen selbst. Für die Förderung Ostpreußens muß im preussischen Gesamtministerium eine Zentrale geschaffen werden. Der Seeweg nach Ostpreußen muß ausgebaut und subventioniert werden. Die Bemühungen Schomers in London, die Friedensbedingungen betr. den Schiffbau zu unseren Gunsten abzuändern, muß unterstützt werden. Das ist auch wegen der Abstimmung wichtig. Das polnische Parlament hat ja beschlossen, eine Intervention einzutreten zu lassen, wenn die polnischen Kommissare sich zu schwach zeigten, die Abkommen zu schließen.

Abg. Graf Dohna (D. Rp.): Dem Minister sind wir dankbar für seine Ankündigung energischer Maßnahmen, hätten aber vielleicht eine etwas schärfere Sprache gewünscht gegenüber den brutalen Rechtsbrüchern der Polen.

Abg. Schulz (D. R.) wendet sich besonders gegen eine Ausführung des Abg. Wolff, der die heutigen Schwierigkeiten mit Polen auf die preussische Außenpolitik und auf die fatalen Umstände führt. Man möge Leute zu Verhandlungen nach Warschau schicken, die von den Dingen etwas verstehen. Unsere Außenpolitik muß im Bismarck'schen Geiste geführt werden.

Reichsminister Koerber: Gegenüber einer Bemerkung des Abg. Heibstedt muß ich bemerken, daß eine der Abteilungen des Auswärtigen Amtes für den Osten bestimmt ist und eine der Unterabteilungen für Polen. Sonderabmachungen mit Polen existieren nicht, die die Polen berechtigen, uns Schwierigkeiten zu machen.

Danzig bleibt deutsch.

Wenn wir hier aber Auslandspreise nehmen, so geschieht dies aus praktischen Rücksichten, um Schließungen unmöglich zu machen.

Reichsminister Koerber: Abg. Schulz ist noch in dem Gedankenkreis von vor 40 und 50 Jahren befangen. Die fremden Diplomaten sind heute auch keine Fachleute. Der Außenminister soll durch seine Persönlichkeit und seine Politik Vertrauen im Ausland erwecken, und dazu scheint mir Dr. Koerber geeignet zu sein.

Abg. Henke (U.S.): Herr Koerber hat gestern sehr nationale Äußerungen gemacht. Die Politik der Polen ist eine Frucht der Politik der Deutschen. Die heutigen Minister sind immerhin noch besser als die der alten Ära. Die Arbeiterschaft wird mit dem Rest dieser Ära aufzukommen. Daselbst WTB, das während der Kapplage im Dienste der Reaktion stand, verbreitete neulich eine Meldung in Polen sei ein Militärputsch zu befürchten. Das ist natürlich Tendenz. Die Absicht der Interpellation war, auf die Wahlen zu wirken.

Damit schließt die Besprechung.
Beratung über Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern. Der Entwurf wird ohne Debatte erledigt.
Zweite Beratung des Entwurfes eines Reichsausgleichsgesetzes.

Abg. Schneider-Franken (D. Rp.): Wir wollen diesen Ausgleich annehmen, aber keine Präzedenz für künftige Besteuerung schaffen. Wir haben keinen richtigen Ermittlungsmaßstab für das Vermögen. Das Papiergeld ist kein solcher Maßstab.
Regierungsgesetz wird erklärt, daß dem Hause alsbald ein Steuergesetz zugehen soll, das die Salutarerträge besteuert, aber nicht als Sonderbesteuerung, die über den Rahmen der übrigen Steuererträge hinausgeht.

Ohne erhebliche Debatte und mit unerheblichen Änderungen wird der Gesetzentwurf erledigt, ebenso in dritter Lesung.
Zweite Beratung des Entwurfes eines Reichsausgleichsgesetzes.
Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Nießer (D. Rp.), Kell (S.), Büchel (U.S.), Waldstein (D.) und Dr. Rumm (D. R.) wird der Entwurf angenommen mit der Abänderung, daß außer den

Goldmünzen auch Silbermünzen mit dem Metallwert zu bewerten sind. Das Gesetz wird auch in dritter Lesung angenommen.

Außerhalb der Tagesordnung kommt sodann noch zur Beratung ein Antrag des Haushalts-Ausschusses über Auszahlung der Teuerungszuschläge für die Eisenbahnarbeiter und Verwaltungsarbeiter, die zwischen der Eisenbahnerverwaltung und den Eisenbahnarbeiterorganisationen vereinbart worden sind. Eine entsprechende Ermächtigung soll für die übrigen Zweige der Verwaltung erteilt werden. Es handelt sich zunächst um einen Betrag von 2 1/2 Milliarden.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die finanzielle Tragweite ist außerordentlich groß für das Reich. Der Verkehrsminister und der Postminister sind mit mir einig, die Konsequenzen dieses Antrages auf uns zu nehmen. Die Reichsbesoldungsordnung wird sich zunächst darauf aufbauen müssen. Die Verhandlungen über einen Reichslohnstarif mit den Eisenbahnerorganisationen beginnen in den nächsten Tagen. Die Eisenbahnarbeiter brauchen keine Verschleppung zu befürchten. Mit diesen Zuschlägen wird allerdings die Finanzierung des Reiches auf lange hinaus auf das empfindlichste beeinträchtigt. Ich werde über unsere finanzielle Lage anfangs nächster Woche sprechen.

Abg. Pahnke (Dem.): Wir befinden uns in einer Zwangslage. Reichsverkehrsminister Dr. Bell: Die Forderungen der Arbeiter sind nach eingehender Prüfung seitens des preussischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und des Reichsverkehrsministers für durchaus berechtigt erklärt worden, insbesondere die Forderungen in der Privatindustrie und den städtischen Betrieben. Wir erwarten aber, daß diese Streikandrohung die letzte war und daß die Arbeiter ihre ganze Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellen.

Abg. Frau Zieh (U.S.) stimmt dem Antrag zu.
Abg. Kohler (Soz.): Die Teuerungszuschläge müssen nach der gleichen Scala bewilligt werden.

Abg. Staken (Ztr.) stimmt dem Antrag zu.
Abg. Degler (Deutschnat.): Die Beamtenpensionäre warten seit länger als einem Jahre auf eine Besserung ihrer Lage. Es wird uns schwer gemacht, diesem Antrage zuzustimmen.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die Reichsregierung übernimmt die Verantwortung für den Antrag.
Der Antrag wird angenommen.
Morgen 1 Uhr: Reichswahlgesetz, Reichspräsidentenwahlgesetz.
Schluß 8.45 Uhr.

WTB. Berlin, 21. April. Die Nationalversammlung nahm außerhalb der Tagesordnung den Antrag betr. Auszahlung der zwischen der preussischen Eisenbahnerverwaltung und den Eisenbahnerorganisationen vereinbarten Teuerungszuschläge für die Eisenbahnarbeiter und die Verwaltungsarbeiter in Höhe von zunächst 2 1/2 Milliarden Mark gegen die Stimmen der deutschen Volkspartei an. Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte, daß durch die Vorwegnahme dieser Zuschläge die Finanzlage des Reiches auf lange Zeit auf das Empfindlichste beeinträchtigt werden würde, aber daß den Arbeitenden die Lebensnotwendigkeiten garantiert werden müßten.

Die Landesparlamente der Deutschen Demokratischen Partei

— Karlsruhe, 22. April. Die „Bad. Volk. Corr.“ leitet den bevorstehenden deutsch-demokratischen Parteitag in Baden-Baden mit folgenden Ausführungen ein:

Am 24. und 25. April wird in Baden die ordentliche Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei veranlaßt sein. Parteitage haben im neuen demokratisch-republikanischen Staat eine andere Bedeutung als im früheren Staatswesen. Indem die Parteien zu verantwortlichen Faktoren der Regierung geworden sind, kommt naturgemäß den Beschlüssen der einzelnen Parteiorganisationen auf den Gang der gesamten Staatspolitik ein weitreichender Einfluß zu. Unter diesen Umständen sind die großen Parteitage nicht nur für den engeren Kreis der Parteimitglieder von Interesse, sondern es kann auch die Allgemeinheit daran nicht mehr so teilnahmslos vorbeigehen, wie das früher der Fall gewesen ist.

Die Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Baden fällt in eine politisch erste und bewegte Zeit. Die politische Lage ist im Innern und nach außen hin gespannt. Im Innern sind die Nachwirkungen des Kapp-Putsch immer noch nicht überwunden. Dazu kommt, daß die Reichstagswahlen, die für die künftige Entwicklung des neuen deutschen Staatswesens von richtunggebender Bedeutung sein werden, unmittelbar bevorstehen. Nach außen stehen wir unter dem ungeheuren Druck, den mächtige und einflussreiche Faktoren der Entente auf uns ausüben. Die Regierungen des Reiches und der Länder sehen sich daher auf der ganzen Linie ungeheuren Schwierigkeiten gegenüber, Schwierigkeiten, die nicht nur auf politischem, sondern auch — man braucht nur an unsere Volksernährung zu denken — auf wirtschaftlichem Gebiete liegen.

Die Aufgabe der Deutschen Demokratischen Partei liegt fest umrissen vor den Augen ihrer Anhänger; die Partei will, allen Widerständen der radikalen Linken und der radikalen Rechten zum Trotz, den mittleren Weg einer aufrichtig demokratischen und sozialen Politik

gehen, der allein zur Wiedergesundung führen kann. Wie dieser Weg im einzelnen aussehen wird, wie eine solche Politik in den vielfachen Einzelwirkungen in Land und Reich geführt werden muß, darüber soll auf der Badener Landesversammlung ausführlich gesprochen werden.

Die Minister Hummel und Dietrich werden sich über die Frage der Landespolitik verbreiten, während der Reichstagsabgeordnete Konrad Haußmann anstelle des ursprünglich vorgesehenen früheren Reichsministers Schiffer, der durch anderweitige Verpflichtungen in Norddeutschland leider am Erscheinen in Baden verhindert ist, sich über die Frage der Reichspolitik auslassen wird. Die bekannte Abgeordnete Dr. Gertrud Bäumer wird dank über die allgemeinen Aufgaben einer nationalen Demokratie sprechen. Den Parteimitgliedern wird Gelegenheit gegeben sein, in der Auseinandersetzung ihren Standpunkt zu den einzelnen schwebenden politischen Tagesfragen ebenfalls zu kennzeichnen und darüber zu befinden, ob die Politik ihrer Führer und der Fraktion die Billigung der Gesamtpartei findet.

So wird die Badener Landesversammlung zu einer wichtigen Rundgebung für die künftige Politik des Landes werden und wird gleichzeitig ein Auftakt für die bevorstehenden Reichstagswahlen sein. Das freilich gesante Bürgerium unseres Landes darf ihr daher mit lebhaftem Interesse entgegensehen. Wir wünschen der Tagung einen guten Verlauf und hoffen, daß ihre Arbeiten zum Wohle der Partei ausfallen werden und damit auch gleichzeitig zum Wohle unseres schwer leidenden Vaterlandes, dem alle politische Arbeit gilt.

Die sonstigen Geschehnisse im Reich.

WTB. Berlin, 21. April. Der nächste Heimkehrungsdampfer „Ranfai Maru“ mit Familien aus Japan und China ist in Sabang angekommen und am 16. April von dort nach Port Said in See gegangen. Der Dampfer wird etwa am 24. Mai voraussichtlich in Hamburg eintreffen.

Major von Giffa beurlaubt.

— Berlin, 22. April. Wie der Morgenblättern berichtet, soll Major von Giffa, früherer Postoffizier und wie der „Berl. Lokalan.“ schreibt, in militärischen Dingen tatsächlicher Leiter des Reichswehrministeriums, übertrassen beurlaubt worden sein. Er soll eine andere Verwendung erhalten.

Niktitritt des sächsischen Ministerpräsidenten.

— Berlin, 22. April. Der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer wird morgen zurücktreten, da er sich gesundheitlich schlecht fühlt und Unzufriedenheit im Lande bemerkt.

Holz wird vorläufig nicht ausgeliefert.

WTB. Prag, 21. April. Wie das „Prager Tagebl.“ erzählt, kann eine Auslieferung des Holzes zunächst nicht erfolgen, weil sich Holz, der bei seiner Verhaftung nach einer von ihm verborgenen geladenen Handgranate gefesselt hatte, um sich der Verhaftung zu entziehen, vorerst wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttat vor dem tschecho-slowakischen Gericht zu verantworten haben wird.

Wom Freiheit Danzig.

WTB. Berlin, 21. April. Wie die „B. Z.“ aus Danzig meldet, geht nach der zwischen der polnischen Regierung und Sir Reginald Tower abgeschlossenen Vereinbarung die Verwaltung der Eisenbahnen, in die Hand des Freistaates Danzig über. Von Danzig nach Berlin und Königsberg verkehren durchgehende Züge, die auf polnischem Gebiet weder angehalten noch kontrolliert werden dürfen. Die Danziger Behörden erhalten direkte Telegraphen- und Telefonleitungen nach Deutschland.

Polnische Niedertracht.

— Berlin, 22. April. Nach einem Danziger Telegramm der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hat ein polnischer Soldat bei Zoppot einen Schiffer, dessen Boot etwas über die Danziger Grenze getrieben worden war, ohne weiteres erschossen.

Weitere belgische Ansprüche.

— Berlin, 22. April. Wie der „Lok.-Anz.“ meldet, beantragt die belgische Regierung außer der Eisenbahnlinie Kären-Kalterherberg noch einen Schutzstreifen östlich der Bahnlinie.

Wasserstand des Rheins.

Schifferinsel, 22. April, morgens 6 Uhr: 190 cm, 20 gestiegen.
Kehl, 22. April, morgens 6 Uhr: 281 cm, 13 gestiegen.
Wegau, 22. April, morgens 6 Uhr: 443 cm, 1 gestiegen.
Mannheim, 22. April, morgens 6 Uhr: 348 cm, 21 gestiegen.

Die beiden Rochus Winkler.

Roman von Otfried von Hanstein.

(7. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Am ersten Weihnachts-Feiertag war herrliches sonniges Frostwetter und da sagte Gerda Schöller zu ihrem Bruder:

„Weißt du, Albert, was ich möchte? Wir fahren in den Grünewald und bleiben den ganzen Tag draußen. Mittag essen wir in Wannsee im Schwedischen Pavillon, und erst wenn es dunkelt, fahren wir heim.“

Jetzt mußte er Farbe bekennen.

„Gern, Liebling, das heißt, nachmittags um fünf muß ich zurück sein — da habe ich Dienst.“

Sie sah ihm an, daß er verlegen war.

„Dienst in der Bank am ersten Feiertag abend?“

„Ich muß es dir nur gestehen, ich bin ja schon seit vier Wochen gar nicht mehr bei der Bank.“

„Du bist nicht mehr?“

„Ich hielt es nicht mehr aus —“

Er erzählte und sie hörte ihm schweigend zu.

„Du Armer, und alles um meinetwillen! Ja, aber —“

„Es waren natürlich schwere Tage, aber ich habe schnell eine neue Stelle gefunden. Nun bin ich auch zur Kunst übergegangen und verdiene dasselbe wie auf der Bank.“

Sie sah ihn an.

„Du bist zur Kunst übergegangen und verdienst soviel Geld? Gleich sofort?“

„Ja bin in einer Kapelle.“

„In einer Kapelle? Wie ist denn das möglich? Soviel verdiente ja Salvatorini in Danzig nicht.“

„Ich spiele hier unten im Hause, im Kaffee Saal.“

„Albert!“

Er hatte sich abgewendet, und sie schrie erschrocken auf. Nun sagte er ganz gedrückt:

„Nicht wahr, das ist eine große Schande.“

Sie ging auf ihn zu und legte beide Arme um seinen Hals.

„Wie schwer mühte dir das werden? Und nur um meinetwillen! Nur, damit ich weiter studieren kann.“

„Die Kapelle ist übrigens künstlerisch.“

Er wollte entschuldigen.

„Und... Du hast dich gewöhnt? —“

„Offen gestanden, ich habe mich wohl gefühlt wie auf der Bank. Es ist wirklich ein gutes Orchester und nicht etwa —“

„Brauchst dich nicht zu entschuldigen. Warum soll es nicht Kunst sein? Und jedenfalls heißt du es mit den Augen des Künstlers. Darf ich heute abend mitkommen und zusehen?“

„Wenn du dich meiner nicht schämst.“

„Wie kannst du so etwas sagen? Was sprichst du überhaupt von schämen. Du kannst nie etwas tun, dessen du dich schämen müßtest.“

„Wenn alle so dächten wie du.“

„Hat dich jemand getränkt?“

Und Albert erzählte von seinem Erlebnis mit Rochus Winkler, Vater und Sohn. Bei seinen eigenen Worten kam ihm das Blut wieder in Wallung, und er merkte es nicht, wie bleich Gerda wurde.

Immer und immer Rochus Winkler! War es denn noch nicht genug? Hatte sie nicht genug mit sich gekämpft, um diesen Namen zu vergessen? Diesen Namen, der wie ein böser Geist über ihrem Leben schwebte — und der ihr trotz allem ein Rätsel war.

Und heute wie damals!

Sie dachte an den letzten Abend vor dem Tode des Vaters — wie Rochus ihr in den Wintergarten gefolgt. War es nicht Liebe, was da auf seinen Wienen lag? Und dann trieb sie sein Vater aus dem Hause und nahm ihnen unter der Maske des Wohltäters Heimat und Jugendglück — da war er nicht da — da barg er sich flug in der Fremde. Dann aber, als es vollbracht, schlich er wie ein Dieb in der Nacht auf den Kirchhof und

schmückte das Grab des Mannes, dessen Kinder sein Vater aus ihrer Heimat verjagte, und trat ihr mit weichen Worten gegenüber, die ihr das Herz zerrissen. Wie oft hatte sie sich Vorwürfe, bittere Vorwürfe gemacht, daß sie ihn so rauh von sich gestoßen, der doch trotz allem ihr so lieb war — daß sie seine Briefe uneröffnet zurückgelassen — und nun?

War es nicht jetzt wie damals?

Brutal schlug der Vater dem Bruder in das Gesicht und der Sohn stand stumm daneben, dann aber kam er im Dunkel der Nacht und wollte vielleicht gutmachen — vielleicht sich selbst entschuldigen.

Ein verächtliches Lächeln lag um ihren Mund.

Nein, da war doch der alte Rochus noch ehrlicher. Er gab sich wenigstens offen und ohne Hehl als ihr Feind, während der Sohn von des Vaters Taten zehrte und dabei sich selbst weißwaschen wollte.

Heuchler!

Sie richtete sich auf.

„Recht hast du getan, daß du ihn zurechtgewiesen, denn er ist viel, viel schlimmer noch als sein Vater!“

Und sie dachte daran, wie in München ein Herr zu ihr sagte: „Sie sind aus Danzig? Sind Sie verwandt mit Woldemar Schöller?“

„Er war mein Vater.“

„Die Firma ist ja glänzend, man kauft von ihr in den Zeitungen. Ihr Herr Vater muß ein genialer Mann sein. Sein Weltbild mit der Werk und den großen Holzgeschäften in Polen —“

Sie lenkte ab — was sollte sie dem fremden Manne erzählen, daß ihr Vater tot war und ein anderer aus seinen Löhnen den Vorteil zog? Sie wußte ja, daß es nur des Vaters Entwürfe waren, die Rochus verwirklichte und die ihn zum gewaltigen Handelsherren machten.

„Komm, Albert, ich möchte ins Freie.“

(Fortsetzung folgt.)

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 21. April. Die heutige Nachmittags-Sitzung wurde von dem Präsidenten Kripi mit der Bekanntgabe einiger neuer Eingänge (Gesuche) eröffnet. Von Abg. der Zentrumsfraktion war ein Antrag eingegangen, der Landtag möge ein Gesetz erlassen, wonach auf Grund des § 16 der Badischen Verfassung das Staatsministerium ermächtigt wird, alle Strafverfahren niederzulegen wegen Vergehen gegen Vorschriften der Weinhöchstdpreise, der Erhöchstdpreise und der Eierverordnung im Jahre 1919.

Kurze Anfrage.

Auf eine kurze Anfrage des Abg. Maner-Karlsruhe (D. N.) über die Verpflichtungsformel der Freiburger Einwohnerwehr teilte Minister Kemme mit, daß die Einleitungsformel des Verpflichtungsscheins lautet: „Ich erkläre, daß ich grundsätzlich auf die Republik und ihre Verfassung gegen jeden Angriff zu verteidigen und mich zum Schutze von Leben und Eigentum meiner Freiburger Mitbürger einzusetzen.“ Der Verpflichtungsschein, so erklärte der Minister weiter aus, muß aus der Zeit heraus, in der er erlassen ist, verstanden werden. Nicht nur unzuverlässige Elemente von links, sondern auch solche von rechts müssen der Einwohnerwehr fern gehalten werden.

Eine kurze Anfrage des Abg. Maner-Karlsruhe (D. N.) über die Wohnungsverhältnisse beantwortete Arbeitsminister Rüdert dahin, daß die Regierung bemüht ist, Kalernen und sonstige militärische Gebäude zu Wohnzwecken zu erhalten. Verschiedene Gebäude dieser Art seien bereits für Wohnzwecke frei gegeben worden.

Übertragung der Staatsbahnen an das Reich.

In der zweiten Sitzung des Geheimgenusses über den Übergang der Bad. Staatsbahnen an das Reich trat Abg. Grothaus (Soz.) dafür ein, daß der Bodensee-Dampfschiffverkehrsverkehr per se nicht und keine Zentrale nach Konstanz gelegt werde. — Abg. Frig (Dem.) verlas ein Schreiben der Stadtgemeinde Mannheim bezüglich der Wahrung der Städteinteressen bei Verstaatlichung der Rheinbahnen. — Der Staatsvertrag wurde hiernach mit allen gegen 6 Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Weitere Anfragen.

Namens des Haushaltsausschusses berichtete Abg. Frig (Dem.) über die Mitteilung des Finanzministeriums betr. Einziehung einzelner Orte in andere Ortsteile. Es handelt sich um die Gemeinden Obrißheim, Hagmersheim, Heidesheim, Heidesheim, Gröningen und Blausbach. — Eine Erörterung fand nicht statt.

Abg. Grothaus (Soz.) begründete folgende förmliche Anfrage seiner Fraktion: „In Singen a. S. ist ein Hilfsrentenbesitzer durch Oberinspektor C. die ohne Kündigung einlassen worden, weil er gemäß § 17 der V. d. B. Versicherung und Art. 159 der Reichsverfassung von der Koalitionsfreiheit Gebrauch gemacht hat. Ist der Regierung von der Koalitionsfreiheit Gebrauch gemacht? Ist die Regierung bereit, gegen diesen und andere vorgelegte Beamte vorzugehen, die offensichtlich die Koalitionsfreiheit verletzen?“

Finanzminister Kötter gab Auskunft als Leiter des Landesfinanzamts, da es sich um einen Vorgang im Reichsdienst handle. Der Hilfsrentenbesitzer Beder sei ein unzufriedener, andere aufsehender Beamter. Um sei, weil er entbehrlich war, gekündigt worden. Eine Maßregelung wegen Gebrauch der Koalitionsfreiheit liege nicht vor. Jedem Versuch, die Koalitionsfreiheit zu verletzen, wird die Regierung entgegenzutreten. Bisher ist ein solcher Fall in Baden nicht vorgekommen.

Abg. Beder (Dem.): Die Personalfrage spiele hier keine Rolle. Seine Partei werde sich gegen jeden Eingriff in die Koalitionsfreiheit wenden, nicht allein weil das Koalitionsrecht in der badischen Verfassung und in der Reichsverfassung verankert ist, sondern weil seine Partei eine demokratische und eine soziale Partei ist.

Abg. Marxhoff (Soz.) führte aus, der Hilfsrentenbesitzer Beder habe nur die Interessen seiner Kollegen vertreten. Finanzminister Kötter ging auf die Reden des Hilfsrentenbesitzer Beder ein, der seine Kollegen gegen die Dienstvorschriften aufgebracht habe.

In seinem Schlusswort polemisierte Abg. Grothaus (Soz.) gegen den Abg. Strauß. Die hervorragende Tätigkeit sämtlicher Beamten während der Zeit der Umwälzung werde auch von der Linken voll anerkannt.

Abg. Spang begründete folgende förmliche Anfrage der Zentrumsfraktion: „1. Ist der Regierung bekannt, daß in großem Umfang Pferde in Baden aufgefressen sind und über die Landesgrenze verschoben werden? Was bedeutet sie zu tun, um dieser Schädigung der Landwirtschaft wirksam zu begegnen? 2. Ist die Regierung bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß beim Ankauf des an den Feindbund abzuliefernden Viehes der zur Zeit der Ablieferung geltende Marktpreis gezahlt wird? Im Zusammenhang damit stand eine Eingabe der Landwirtschaft in Grünsfeld, in der ebenfalls ein höherer Preis für die abzuliefernden Pferde, als der bisher gezahlte, gefordert wird. Welche der Marktpreis nicht gezahlt, so verweigern die Landwirte die Abgabe der Pferde.“

Minister Kemme führte in Beantwortung der Interpellation aus, daß er durch Beschaffung der Pferde einer Verschlebung vorbeugen wolle. Alle Verschlebung zu vermeiden, ist nicht möglich. — In der Aussprache beteiligten sich die Abg. Engelhardt (Ztr.), Martin (Ztr.), Filders-Zahr (D.N.), Pfeiffner (Dem.), Abg. Kurz (Soz.) und Abg. Storr (Dem.).

Minister Kemme bemerkte, die Pferde würden von der Landwirtschaftskammer verschickt; die Fütterung sei eine gute. Beschwerden über die Mähdreher abgemagertem Pferde möge man an das Ministerium des Innern richten. Den berechtigten Wünschen hinsichtlich des Preises werde die badische Regierung bei der Reichsregierung Nachdruck verleihen. — Damit war die Besprechung erledigt.

Abg. Frig (Dem.) begründete eine förmliche Anfrage mehrerer Zentrumsabgeordneter, in der es heißt: „Ist der Regierung bekannt, daß viele Lehrerinnen für weibliche Handarbeit und Haushaltungslunden die ihnen zugesicherten Teuerungszulagen und Teuerungsbeträge erhalten? Ist die Regierung bereit, den finanziellen schwächeren Gemeinden durch Gewährung staatlicher Beihilfen diese Regelung zu ermöglichen? Im Zusammenhang damit stand das Gesuch der mittleren Städte Badens um Änderung der verfassungsmäßigen und schulpflichtigen Bestimmungen über die Teuerungszulagen an die Lehrer. — Die Rednerin trat lebhaft für die Wünsche der Lehrerinnen ein, die durchaus berechtigt seien im Hinblick auf die während des Krieges geleisteten Dienste in den badischen Schulen. Die jetzigen Bezüge (vielfach jährlich 1600—1800 M.) seien durchaus unzureichend.“

Unterrichtsminister Hummel erklärte, daß das Ministerium eine Anfrage bei den Kreis Schulämtern gestellt haben, um zu ermitteln, in wie vielen Gemeinden den Lehrerinnen keine Teuerungszulagen bezahlt wurden. Einige Beschwerden sind hierauf eingegangen. Das Ministerium beabsichtigt, einen Erlaß an die Kreis Schulämter zu richten, wonach den Gemeinden des Landes die Verpflichtung auferlegt würde, ihre Handarbeits- und Haushaltungslernen in den Besitz der Teuerungszulagen zu setzen. Das Haus will hierzu keine Zustimmung geben. Staatliche Beihilfen an die Gemeinden können nach § 95 des Schulgesetzes nicht in Aussicht gestellt werden. Nach einer kurzen Aussprache, der sich die Abg. Frau Schloß (Dem.), Frau Fischer (Soz.) und Marie-Karlsruhe (D.N.) beteiligten wurde die Angelegenheit der Regierung zur weiteren Verfolgung überwiesen.

Hier wurde um 1/2 Uhr abgebrochen. Nächste Sitzung: Donnerstag, den 22. April, vorm. 9 Uhr: Tagesordnung: Bericht der Besichtigungskommission der Hauptwerkstätten und Gesuche.

Karlsruhe, 22. April. Der Verfassungsausschuß des bad. Landtags hat die Beratungen über das Siedelungsgesetz fortgesetzt. Der Berichterstatter hob in einem Vortrag über den Sinn des Gesetzes hervor, daß dieses keine Sozialisierung, sondern vielmehr eine Festigung des kleinen Besitzes und die Schaffung einer möglichst hohen Ertragssteigerung herbeiführen wolle. Die 112 großen Höfe in Baden dürften nicht dezimiert werden. Für die Wahrung der Standesherrschaften sei ein Musterstatut anzufertigen und die Höhe der Pachtsumme sei der Entscheidung einer staatl. Kom-

mission zu unterziehen. Für Enteignungen und Siedlungen seien Bezirks-Siedelungsausschüsse zu bilden, denen auch Großgrundbesitzer, Landtagsmitglieder und Pächter anzugehören hätten. Eine Enteignung dürfe der Staat nur selbst ausüben oder sie dem Siedelungsausschuß übertragen. Ueber den Begriff „Siedelung“ entspann sich hierauf eine ausgedehnte Aussprache. Eine Abstimmung fand noch nicht statt. Arbeitsminister Rüdert stellte ein Landes-kulturgesetz in Aussicht.

Badische Chronik.

Mannheim, 21. April. In der ersten Sitzung des Schwurgerichts wurde der 21-jähr. Tagelöhner Gust. Kreuzer, der den verch. Tagelöhner Jos. Maner während eines Streikes erschossen hatte, zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Kreuzer hatte mit der Frau des Maner ein Verhältnis unterhalten. Bei einem Wortwechsel darüber war die Tat begangen worden.

Mannheim, 20. April. Am 14. März ds. Js. erlosch der 37 Jahre alte Anwaltsgehilfe Ludwig Braun aus Helmstadt, wohnhaft in Mannheim, in seiner Wohnung seine Frau, die seit Jahren mit anderen Männern Umgang hatte und nun ihn und seine zwei Kinder verlassen wollte, obwohl er ihr alles verziehen hatte, durch zwei Schüsse in den Kopf, die ihren sofortigen Tod zur Folge hatte. Braun hatte sich heute wegen Totschlags vor den Geschworenen zu verantworten. Das Urteil lautete nach blühender Verhandlung auf Freispruch.

Uos (Am Baden), 20. April. Der Gemeinderat hat die Einführung einer Lustbarkeitssteuer beschlossen, worüber noch der Bürgerausschuß Bescheid zu fassen hat. Die Steuer soll auf 1. Juni d. J. in Kraft treten.

Ofenbura, 21. April. Der Bürgerausschuß wählte als zweiten Bürgermeister unserer Stadt mit 69 von 78 Stimmen den Notar Josef Solfer aus Altheim.

Münchweiler (Am Billingen), 20. April. Zum Bürgermeister unserer Gemeinde wurde beim zweiten Wahlgang Bankbeamter Friedrich Fleig gewählt.

zur Regelung des Fremdenverkehrs in Baden.

Karlsruhe, 22. April. Im Ministerium des Innern fand am Dienstag mittag unter dem Vorsitz des Ministers Kemme eine Sitzung statt, die sich mit der Regelung des Fremdenverkehrs in Baden im Sommer 1920 befahte. In der Besprechung nahmen u. a. teil Vertreter des Bad. Stotefbesitzerverbandes, der Angestellten der Hotelindustrie, Amtsverordneter und Bürgermeister der für den Fremdenverkehr besonders in Betracht kommenden Bezirke und Städte, Mitglieder des Ernährungsbeirates, sowie der Vorsitzende des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs. Die sehr eingehende Aussprache beschäftigte sich vor allem mit der Lage der badischen Hotelindustrie und der Lebensmittelverhältnisse unseres Landes in den kommenden Monaten. Von Seiten der Regierung wurde eindringlich auf die kritische Lage unserer Lebensmittelversorgung hingewiesen, die wiederum eine strenge Regelung des Fremdenverkehrs in diesem Jahre bedingt. Dennoch sollen im Interesse der Kranken und Erlöhsbedürftigen vom 15. Juli bis 15. September gewisse Erleichterungen geschaffen werden, die in erster Linie unsern badischen Mitbürgern zugute kommen sollen. Des anfängliche Verfahren mancher Kurfremden im vergangenen Sommer fand, auch von Seiten der Hotelbesitzer und Angestellten, scharfe Verurteilung, ebenso soll gegen die Sammler der Kurgäste auf strengste eingeschritten werden.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 22. April 1920.

Die Telefonanleihe, gegen die von allen Seiten lebhafter Einspruch erhoben wird, findet in dem der Nationalversammlung ausgegangenen Gesetzentwurf folgende Begründung: „Bisher wurden im Haushalt der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung die Aufwendungen für den Betrieb und die Instandhaltung der Fernsprechanlagen durch die laufenden Einnahmen aufgebracht, während die Kosten für die Erweiterung der Fernsprechnetze und für den Bau neuer Leitungen in der Hauptsache auf den außerordentlichen Haushalt genommen wurden. Die Mittel für diese werbenden Anlagen wurden durch Anleihen beschafft. Hieran ist auch im Haushaltsjahr für das Jahr 1920 festgehalten. Für die Erweiterung des Fernsprechnetzes sind 524 Millionen Mark vorgesehen. Dieser Betrag wird indes infolge der inzwischen eingetretenen weiten Preissteigerung nicht ausreichen, so daß schon jetzt mit einem Mehrbedarf von mehreren 100 Millionen Mark zu rechnen ist, um die mit der Begehung einer neuen Anleihe verbundenen Schwierigkeiten zu vermeiden oder die ohnehin schon beträchtliche schwebende Schuld des Reichs nicht zu vergrößern, wird beabsichtigt, die Teilnehmer zur Aufbringung der fehlenden Mittel mit heranzuziehen. Die Maßnahme ist auch darin begründet, daß die Teilnehmer den größten Vorteil davon haben, wenn die Fernsprecheinrichtungen in dem erforderlichen Maße ausgebaut werden.“

Über die Rückzahlung von Fahrgebl. Vom 1. Mai an wird bei Rückg. Rückvergütungen für den Fahrpreis der Betrag von einer Mark und bei Erstattungsbeiträgen über 20 Mark der Betrag von zwei Mark als Schenkungsbeitrag erhalten. Der Betrag von einer Mark oder zwei Mark wird nur einmal angesetzt, wenn sich der Betrag auf mehr als Fahrkarten für zusammengehörige, zu gleicher Zeit u. mit demselben Bus befahrene Personen (Kollektiven, Schülerfahrten usw.) oder auf mehrere an die gleiche Fahrkarte für eine Reise erstreckt. Bei Rückvergütung auf rechtlicher Grundlage wird keine Schenkungsbeitrag erhoben.

Das Frühjahrstheater der „Casalia“ Karlsruhe und „Vollsthor“. Während am Samstagabend in der Festhalle vertrieht in jeder Hinsicht einen hohen, künstlerischen Genuss. Auser Kunstschönheiten von Segar und Annerer kommen große Gesamtdre von 400 Sängern unter Direktion des Herrn Kapellmeisters Arthur Derbold zum Vortrage. Wie uns aus Biorzhim, wo die Verein, im überfüllten Saalbau laugen, berichtet wird, sind diese Gesamtdre von ganz erstklassiger Tonfülle und feinem Studium. Als Solisten wurden Kräutlein Edith Saitz, Sopran, Herr Konzertmeister Josef Pfeiffer und am Klavier Herr Dr. Hans Nahr gewonnen. (S. d. Anzeiger.)

Verhaftet wurden ein Pianist von hier und eine in der Lesingstraße wohnhafte Frau wegen Schleichhandels mit Salpaster und ein Chauffeur von hier wegen Diebstahls ferner ein verheirateter 69 Jahre alter Tagelöhner aus Teutschneurt wegen Betrugs, sowie eine 19jährige Arbeiterin aus Durnersheim und ein 22jähriges Dienstmädchen aus Watersweiler wegen Gewerbsuntzucht.

Handelsteil. Von den Börsen.

Notierungen der Frankfurter Börse vom 21. April

Table with columns for Bank- and Industrie-Aktien, listing various companies and their stock prices for 20.4.20 and 21.4.20.

Frankfurt a. M., 21. April. Weitere Entlastungsberichte machen ein schwaches Gelingen klar. Berlin bräde besonders auf Montanpapieren, wo das Angebot etwas dringender war. Rheinbergbau berufen 30. Gedrückt waren ferner Bubenber, Oberber, D. Reich-Luxemburger. Die Kursabwärts in Elektrowerken waren zum Teil durch den, besonders in Deutsch-Lexerite, fallen u. Guillaume, u. u. G., letztere traten etwas fester. Zu Rückgängen kam es auch in

chemischen Aktien, wo sich größere Einbußen bei Goldschmelzung, Schick beanfall und Schiffahrt markierte einstellten. Nord. Lloyd und Danab. nahen ihre Abwärtsbewegung fort. Letztere seien im Verlaufe eine Erholung. Schantung verloren 20, Baltimore 40 Prozent, Canada nahen 85 bis 90 Markt. Deutsh. Petroleum fiel in Willeidenkraft gezogen mit 9693 eröffnend und unter Schwankungen bis 717 umgekehrt. Bona 306 bis 308, Nulius Siebel 1250 erll. Beausrecht. Mexikanische Anleihen niedriger. Spora. Mexikaner (Gold) verloren 15, Spora. Silber-Mexikaner 13 Prozent. Im Einheitsmarkt war die Haltung ebenfalls schwach. Die Börse schloß auf allen Gebieten schwach. Privatdiskont 4 1/2 Prozent.

Notierungen der Berliner Börse vom 21. April

Table with columns for Industrie-Aktien, Eisen- u. Bergwerks-Aktien, and other stock categories, listing various companies and their stock prices for 20.4.20 and 21.4.20.

Berlin, 21. April. Die in Ueber-Rit eingetretenen Kursrückgänge erschütterten vielfach als Sicherheit für Spekulationskredite die hinterlegten Deposits, so daß die Gläubiger dieser nur noch ungenügend gedeckten Engagements rufolaten. Zu dieser erzwungenen Maßnahme stellten sich noch freiwillig angestrebte demorende Spekulationen, so daß ein empfindliches Nachgeben der Kurse aller Spekulationsobjekte eintrat. Die Rückgänge vollzogen sich in aller Ruhe. Eine Kursumkehr zeigte sich erst wieder bei niedrigen Notizen. An Montanmetallen hielten die Kurse um 10 bis 20, vereinigt noch darüber, von Rohkupfer bis 25, von Kupfer bis 7 bis 20, von Elektrolyt bis 10 bis 8, Deutsh. Lebersee 55, Felten u. Guillaume 40 Prozent ein. Schiffahrtaktien waren widerstandsfähiger, dagegen schloßen sich Petroleumwerte, Kali- und Kolonialwerte, von letzteren besonders Diab. D. m. a. g. m. Rückgänge an. Deutsche Werte waren still und behauptet. Mexikaner waren stark rückgängig. Bei Schwankungen vermochten sich einzelne Kurse, wie Diab. erholen. Im allgemeinen senkte sich der Kursstand langsam wieder, besonders am Montanmetalle.

Berliner Devisennotierungen. Die gestrigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Table with columns for Telegraphische Auszahlungen, listing various locations and their exchange rates for Gold and Brief for 20.4.20 and 21.4.20.

Advertisement for Erdal Schuhputz. Features a large illustration of a man in a top hat and a cane, with the text 'Erdal Schuhputz ist ohne Frage ein Glanzpunkt dieser trüben Tage.' and 'Alleenhersteller: Werner & Mertz, Mainz'.

